

Druck auf das Bankgeheimnis steigt

Neue Enthüllungen Angriff aus der EU, Rücktrittsforderungen an UBS-Chefs, Details im Fall UBS

Der Streit um die Freigabe von rund 300 UBS-Kundendaten geht in die nächste Runde: Das Ausland bläst zum Sturm auf das Schweizer Bankgeheimnis, Politiker fordern Rücktritte.

CHRISTIAN DORER, MATHIAS KÜNG

Die grossen EU-Staaten planen Grossangriff auf das Bankgeheimnis

Der britische Premierminister Gordon Brown plant weltweite Massnahmen gegen Steuerflucht. Brown habe besonders die Schweiz im Visier, berichtete die Zeitung «Guardian». Gestern traf Brown in Berlin unter anderem mit Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel, Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy und Italiens Premier Silvio Berlusconi zusammen: Die grössten Wirtschaftsmächte Europas haben sich dabei auf ein entschlossenes Vorgehen gegen Steueroasen geeinigt. Das Treffen diene als Vorbereitung für die G-20-Konferenz vom 2. April. Die Schweiz ist dort nun definitiv nicht eingeladen, wie die «NZZ am Sonntag» berichtet.

Schweiz sagt Hearing vor US-Senat ab

Der Bundesrat protestiert gegen die USA, indem er die Teilnahme an einem Senatshearing absagt. Der Schweizer Botschafter in Washington, Urs Ziswiler, hätte am Dienstag vor einer Subkommission des Senats auftreten sollen, die weltweite Steuerflucht verhindern will. Ein Sprecher des Schweizer

Finanzdepartements sagte in der «SonntagsZeitung»: «Mit Verweis auf den UBS-Deal haben wir nun aber unser Missfallen ausgedrückt, dass das US-Justizdepartement unilateral eine Schweizer Grossbank angreift.»

Kurer und Rohner sollen zurücktreten

Auch bei bürgerlichen Politikern

steigt der Unmut über UBS-Präsident Peter Kurer und CEO Marcel Rohner, wie eine «Sonntag»-Umfrage ergab. Die Zeitung zitiert 23 bürgerliche Politiker, die den Rücktritt zumindest von Kurer fordern. SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi: «Die Führungskräfte, welche die ersten Schwierigkeiten zu verantworten haben, müssen ausgewechselt werden.»

Schweiz soll Task-Force einsetzen

Viele Politiker haben das Vertrauen in die Krisenbewältigung des Bundesrats verloren. Sie fordern deshalb eine Task-Force nach dem Vorbild der Task-Force Vermögenswerte Naziopfer, die ab 1996 unter der Leitung von Thomas Borer die Nazigold-Affäre bewältigt hat. FDP-Nationalrat Filippo Leutenegger:

«Die obersten Führungsetagen von Politik, Wirtschaft und Justiz sind nicht imstande, so zusammenzuarbeiten, dass sie einem dreisten Angriff der USA koordiniert Paroli bieten können.» Als Task-Force-Leiter gehandelt wird Alexis P. Lautenberg, der Schweizer Botschafter in London. Viele trauen ihm das nötige Geschick als Krisenmanager zu.



UBS NEW YORK Hier nahm das Desaster seinen Lauf – die UBS gibt zu, dass sie «die USA systematisch betrogen» habe. REUTERS

UBS-Chefs waren informiert

Dem «Sonntag» liegt der Wortlaut des Vergleichs zwischen den USA und der UBS vor. Daraus geht hervor, dass die UBS «von 2000 bis 2007 die USA systematisch betrogen» habe – und es sich demnach mitnichten um Einzelfälle handelt. In dem Vergleich steht auch, dass «Executives» davon gewusst hätten, also Personen mit höchsten Posten.

Präsident des Bundesverwaltungsgerichts kontert Vorwürfe

Christoph Bandli, der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, weist in diversen Interviews die Kritik zurück, sein Gericht habe zu langsam gearbeitet. Das Amtshilfverfahren aus den USA war seit über zwei Monaten hängig, deshalb hat die Finanzmarktaufsicht von sich aus die Freigabe der UBS-Daten beschlossen. Bandli: «Wir wären in der Lage gewesen, in den nächsten 10 bis 20 Tagen ein erstes Urteil zu eröffnen.» Und zum Vorwurf, das langsame Verfahren habe die Amerikaner verärgert: «Es wäre billig und nicht fair, uns die Schuld in die Schuhe zu schieben.»

Angriff auf das Bankgeheimnis – wie die Parteien reagieren

Susanne Leutenegger Oberholzer
Nationalrätin SP/BL



Die EU wollen auf Initiative des britischen Premiers Gordon Brown hin den Kampf gegen Steueroasen intensivieren – ohne die Schweiz anzuhören. Wie soll sie sich jetzt verhalten?

Das erstaunt nicht. Bundespräsident Merz hat es auch nicht an den letzten G-20-Gipfel geschafft. Statt aktive eigene schweizerische Vorschläge zu entwickeln, beraten jetzt andere über die Trockenlegung der Steuerfluchtstaaten.

Was soll mit dem Bankgeheimnis geschehen?

Wir wollen keine Steuerfluchtprivilegien für reiche Ausländer. Der Datenschutz für die ehrlichen Bürger(innen) muss weiter gewährleistet sein. International muss die Schweiz eine Verrechnungssteuer für alle Vermögenserträge überlegen.

Hat die Finanzmarktaufsicht (Finma) korrekt gehandelt, als sie dem Druck aus den USA nachgegeben hat?

Natürlich nicht. Jeder hat in der Schweiz Anspruch auf ein korrektes Verfahren. Bereits zum zweiten Mal wurden zur Rettung der UBS Verfassung und Gesetz verletzt.

Ist es richtig, dass die Schweiz ein Hearing im US-Senat zum Thema Steuerflucht boykottiert?

«Les absents ont toujours tort», sagen die Romands. Mit dem Boykott wird die Schweiz ungläubwürdig. Statt konzeptlos zu trözeln, muss sie sich endlich konstruktiv an der Trockenlegung aller Steuerfluchtstaaten beteiligen.

Müssen UBS-Verwaltungsratspräsident Peter Kurer und/oder CEO Marcel Rohner zurücktreten?

Sie sind nicht in der Lage, die UBS aus der Krise zu führen. Auch die Bonus-Zahlungen der UBS trotz Milliarden Staatshilfe zeigen das. Mögliche Nachfolger sind nicht zu beneiden. Sie müssen kompetent, mutig und unbelastet sein.

Ist Finanzminister Merz der Krisensituation gewachsen?

Bundesrat Merz ist kein Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Gegenüber der UBS ist er befähigt. Er verteidigt konzeptlos die Steuerfluchtstaaten. Seine Partei hängt wie CVP und SVP am Finanztropf der Grossbanken.

Muss die Schweiz jetzt eine Task-Force einsetzen? Wer müsste ihr vorstehen?

Der Gesamtbundesrat hat in Sachen UBS mehrfach falsch gehandelt. Jede handlungsfähige Regierung hätte längst eine beratende Task-Force mit den besten Köpfen eingerichtet. Es geht schliesslich um die Sicherung von 200 000 Arbeitsplätzen.

Philipp Müller
Nationalrat FDP/AG



Angriff ist die beste Verteidigung. Ansprechen des Versagens der US-Börsenaufsicht beim 50-Milliarden Desaster von Madoff, der Steuerschlupflöcher in den G-20-Staaten, dass die USA die Konsumfreudigkeit mit Krediten beinahe zwangsfinanziert haben.

Das Bankgeheimnis muss der Privatsphäre des Kunden dienen. Nicht aber dem Schutz von Betrug. Zentral ist die Überprüfung von Nutzen und Schaden unserer Spezialität der Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug.

Das Ultimatum der US-Behörden liess ihr keine Wahl. Mit einer Strafklage wären der Bank die Kunden davongelaufen, mit der Folge eines Liquiditätsverlustes. Sie wäre kollabiert und in der Schweiz hätte man die Lichter löschen müssen.

Nein, das erscheint wie eine kindische Trotzreaktion. Gesprächsverweigerung ist im Moment wohl wirklich das Letzte. Vor allem, da wir aufgrund der unmöglichen Verhaltensweise der UBS in den USA ganz schlechte Karten haben.

Die Herren wussten offensichtlich Bescheid über die Verstösse in den USA. Philipp Hildebrand wäre mein Favorit, aber er wird bei der Nationalbank gebraucht. Weiter auch der VR-Präsident der Investmentbank Barclays Capital, Hans-Jörg Rudloff.

Ja. In der Ruhe liegt seine Stärke. Er erhält unverdient Prügeln, als hätte er den Mist in den USA gebaut. Wozu haben wir die Finma, wenn doch der Finanzminister den Kopf hinhalten soll? Er muss nun aufpassen, dass er nicht zum Mister UBS wird.

Unbedingt. Wir hatten eine Task-Force Schweiz/Zweiter Weltkrieg. In der aktuell viel gravierenderen Krise müssten Leute an die Front, die das amerikanische System verstehen. Die Schweizerisch-Amerikanische Handelskammer kennt Namen.

Hans Kaufmann
Nationalrat SVP/ZH



Das Ausland hat nicht über den Schutz der Privatsphäre in der Schweiz zu entscheiden. Dieser ist in der Verfassung verankert, und unsere Regierung hat sich daran zu halten. Es besteht kein Verhandlungsspielraum.

Es soll gestärkt werden. Sicherungsmassnahmen von Kundengeldern von Schweizer Banken sind zu treffen. Wenn das Ausland sein Steuersubstrat sichern will, so soll dies über eine EU- oder weltweite Quellenbesteuerung erfolgen.

Nein, rechtsstaatliche Verfahren müssen eingehalten werden. Dass das Bankgeheimnis Steuerbetrug nicht schützt, ist unbestritten, aber rechtliche Abläufe müssen eingehalten werden.

Ja, es gibt keinen Grund für eine solche Teilnahme eines ausländischen Staates an solchen Hearings. Die USA nehmen auch nicht an Hearings über illegale CIA-Überflüge in der Schweiz teil.

Ich äussere mich nie zu Personalfragen. Darüber haben allenfalls die Finma und vor allem die Aktionäre zu entscheiden.

Es war der Restbundesrat, der sich im letzten Herbst als Krisenmanager und Retter der UBS aufgespielt hat. Er ist in seiner Gesamtheit in der Pflicht. Ich wüsste nicht, wer die heutigen Probleme besser lösen könnte als Merz.

Zusammen mit Ratskollegen habe ich im Herbst 2008 eine temporäre ständige ratsübergreifende Subkommission der WAK als Ansprechgruppe des Parlamentes in solchen Fragen gefordert. Damals wurden wir in die Schranken gewiesen...

Christophe Darbellay
Präsident CVP/VS



Dass Brown so viel Druck macht, hat auch mit der Konkurrenz zwischen den Finanzplätzen London, Zürich und Genf zu tun. Sollte Brown die Schweiz «bodigen» können, würde ich als «Milliardär» nach London oder auf die Jersey-Inseln umziehen.

Es muss bleiben, auch die Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und -hinterziehung. Der Unterschied ist so gross wie wenn jemand auf trockener Autobahn 130 statt 120 km/h oder bei Schneegestöber und Sommerpneus mit 225 km/h fährt.

Diese Frage ist im Moment nicht beantwortbar. Wenn sich bestätigen sollte, dass alle Fälle Steuerbetrug waren, dann ja. Wenn nicht, wird es ganz schwierig für die Finma, aber auch für Finanzminister Merz und den gesamten Bundesrat.

Dafür habe ich Verständnis. Die USA und die Schweiz sind Rechtsstaaten. Dazu gehört die gegenseitige Respektierung der Regeln. Ich will einen Bundesrat, der geradesteht.

Es ist nicht Sache der Politiker, solche Forderungen zu stellen. Die UBS hat einen Verwaltungsrat, Revisoren und eine Generalversammlung. Generell finde ich es falsch, mit solchen Forderungen das System weiter zu destabilisieren.

Lange hiess es seitens des Finanzdepartements, die USA würden bloss Muskeln zeigen und sich dann schon beruhigen. Das Gegenteil traf ein! Das Finanzdepartement hat die Bedeutung der 250 Fälle lange verkannt und zögerlich gehandelt.

Diese Forderung stammt von der CVP. Das Dossier muss Chefsache werden. Ich stelle mir eine Task-Force mit den Bundesräten Merz, Couchepin, Widmer-Schlumpf und Leuthard vor, ergänzt mit Topshots aus der Diplomatie/Finanzwelt.